

Stettiner Zeitung.

Deutschland.

Berlin, 10. Mai. Se. Maj. der König empfing gestern Morgen den Kammerherrn Baron v. d. Landen, welcher von Baden-Baden, wohin er die Königin Augusta geleitet hatte, hierher zurückgekehrt ist, nahm hierauf die Vorträge des Militär-Kabinetts und des Geheimen Hofrathes Vord entgegen und fuhr nachmittags, in Begleitung des Flügel-Adjutanten Majors Prinzen Anton Radziwill, nach der Meanderstraße und besichtigte in der königlichen Glasmalerei, geleitet vom General v. Frankenberg, die ausgeführten Arbeiten. Um 4 Uhr hatte der brasilianische Gesandte Bianna de Lima die Ehre, im Beisein des Minister-Präsidenten Grafen Bismarck in einer Privat-Audienz seine Kredittive als Repräsentant beim Präsidium des norddeutschen Bundes zu überreichen und begab sich sodann der König nach einer Unterredung mit dem Grafen Bismarck in das Schloß Monbijou, woselbst bei der Prinzessin Louise, Landgräfin Alexis von Hessen, das Diner eingenommen wurde. Abends nach dem Schluß des Theaters fuhr der König nach Schloß Babelsberg und nahm dort das Nachtlager. Heute Vormittags wohnt der König mit den Prinzen und Prinzessinnen des Königshaus, die um 9½ Uhr per Extrazug sich nach Potsdam begeben, dort dem Gottesdienste in der Hof- und Garnisonkirche bei. Mittags sind zur Kirchenparade im Lustgarten befohlen das Garde-Jäger- und das Lehr-Infanterie-Bataillon, sowie die Kriegs- und Unteroffizier-Schule, hernach findet das Dejeuner im Stadtschloß statt.

Der Kronprinz wird morgen auf seiner Rückreise von Italien von der Königin und dem Großherzoglichen Hofe in Baden zu einem kurzen Besuch erwartet.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die Gesandten von Oesterreich und Frankreich das Pfortenkabinett wegen der letzten Reformen offiziell beglückwünscht haben. Der russische Botschafter erklärte dem Großvezir, daß er sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Türkei zu mischen habe und der türkischen Regierung die volle Aktionsfreiheit lassen müsse.

Die tunesische Angelegenheit scheint Seitens Frankreichs mit Energie angefaßt zu werden. Man ist, so wird aus Paris geschrieben, fest entschlossen, wie die Engländer Theodoros gegenüber, auch diesmal gegen den Bey durch Entfaltung der französischen Macht das „Dreißigste“ des Kaiserreichs im Orient neu zu beleben. Schon einmal, im Jahre 1865, war die französische Regierung gezwungen gewesen, gegen den Bey scharf aufzutreten, weil er sich geweigert, für die Mißhandlung mehrerer französischer Unterthanen Genugthuung zu geben. Freilich hatte damals sein Widerstand nicht lange gedauert. Heute scheint man Willens zu sein, den Herrscher von Tunis an der empfindlichsten Seite zu treffen und die Zölle mit Beschlag zu belegen. Man ist um so aufgebrachter, als kurz vorher ähnliche Forderungen, wie die Frankreichs, vom Florentiner Kabinett aufgestellt, vom Bey bewilligt worden sind. Weltblickende Politiker meinen freilich, daß dieses alles im Grunde nur Vorwand sei, um Tunis an Algerien annectiren zu können. Aber es ist kaum denkbar, daß man jetzt ernstlich an die Eroberung der verkommenen, hungerleidenden Präsidentschaft denkt, um so mehr, als es kein Geheimniß ist, daß die englische Regierung im Gegentheil die völlige Rückkehr des Paschalis unter die Oberhoheit der Pforte begünstigt.

Dem „Dresdener Journal“ wird telegraphirt: Gerüchteleise verlautet heute, daß der Schluß des Zollparlamentes etwa zum 18. Mai und dann Anfangs Juni — nach erfolgter Zurückziehung der Gewerbe-Ordnung — der Schluß des Reichstags erfolgen dürfte. Im Herbst würde dann der Reichstag zur Berathung des Bundes-Etats wieder zusammentreten.

Die Zahl der hannoverschen Legionäre, welche sich bis zum 1. d. Mts. bei der preussischen Botschaft in Paris bebüßte ihrer Rückkehr nach der Heimath gemeldet hatten, belief sich auf 135; andere 200 wurden aus verschiedenen Distrikten erwartet. Danach würde der größere Theil der Legion auf der Rückkehr nach der Heimath begriffen sein.

Während die große Mehrzahl der hannoverschen Legionäre aus irregulären und betrogenen jungen Leuten besteht, finden sich unter ihnen doch auch solche, die selbst dem Schwindel und Betrug ergeben sind. So haben Einzelne von denen, welche sich bei der preussischen Botschaft in Paris mit dem Gesuch um Unterstützung zur Heimkehr gemeldet, das erhaltene Geld in die Tasche gesteckt, und scheinbar die Rückreise angetreten, aber auf der nächsten Station die Eisenbahn wieder verlassen.

Das „Regensburger Morgenblatt“ meldet, daß in der „süddeutschen Fraktion“ die Verwahrung gegen die Adresse „nach einer dreistündigen heißen Debatte“ mit großer Mehrheit beschlossen wurde (über den Standpunkt der Minorität wird nichts gesagt). Mit Abfassung der Verwahrung wurde eine Kommission betraut, bestehend aus folgenden fünf Mitgliedern: Baron Zumbach und Dr. Jörg (Wätern), v. Neurath und Probst (Württemberg), Dr. Hoffmann (Baden). Ein anderer Brief charakteristischer Art, die unter den norddeutschen Abgeordneten herrschende Ansicht. Die Einen wollen Süddeutschland sogleich, die Andern erst später in den norddeutschen Bund ziehen, während wieder Andre die Einverleibung überhaupt nicht wünschen, sondern eine Dezentralisation und einen föderalistischen Verband anstreben.“ Schließlich heißt es: „Im Parlamente dahier, wie früher in Frankfurt, dominirt das Fraktionswesen; größere Fraktionen verständigen sich und geben zum Voraus die Entscheidung, ehe auch nur die Plenarverhandlung beginnt. Das Fraktionswesen wird das parlamentarische Leben noch zu Grunde richten. Wir fanden diese Lage vor und mußten daher auch unsere Verbindungen suchen. Wir werden nun in Zukunft mit den preussischen Konservativen operiren und dadurch zur Abklärung der Verhandlungen beitragen.“

— In den nächsten Tagen beabsichtigt die demokratische Gesellschaft hieselbst eine große Volksversammlung abzuhalten. Wie die „Bosch. Ztg.“ vernimmt, wollen in derselben die Zollparlamentarier-Abgeordneten Kolb, Freiesleben, Tafel der Aeltere, Osterlen, Dr. Ammermüller, Bebel, Liebknecht, Graf v. Baudissin, „einerseits der Berliner Einwohnerschaft ihren politischen Standpunkt klar legen und andererseits sich gegen den oft erhobenen Vorwurf der Preußenfeindlichkeit verteidigen.“

— Zollparlament. 9. Sitzung vom 9. Mai. Präsident Simjon eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Am Tische der Bundes-Kommissionen: Präsid. Delbrück, v. Wagsdorf, v. Linden. Die Bänke des Hauses sind äußerst spärlich besetzt. Der Präsident zeigt an, daß dem Zoll-Parlamente heute Morgen der Gesetz-Entwurf wegen Besteuerung des Tabaks zur Beschlussfassung zugeworfen sei. Der Entwurf enthält, so bemerkt der Präsident, 14 Paragraphen und verbreitet sich über die Besteuerung des im Zollvereinsgebiete erzeugten Tabaks, spricht dann von einer Vergütung der Steuer für den in das Ausland versendeten Tabak und schlägt einen Zoll von dem vom Auslande eingehenden unbearbeiteten Tabak vor etc. — Ueber die geschäftliche Behandlung dieser Vorlage erhebt sich eine kurze Debatte, in welcher der Präsident Delbrück auf eine Anfrage des Abg. Kasper erklärt, daß morgen, spätestens übermorgen eine Vorlage des Bundesrathes, betr. die Revision des Zolltarifs, eingebracht wird. Auf Antrag des Abg. Ewesten beschließt das Haus, die Beschlussfassung über die geschäftliche Behandlung der Tabaksvorlage bis nach Eingang dieser neuen Vorlage auszusetzen. Auf der Tagesordnung steht die Vorberatung im Plenum über den Handels- und Zollvertrag mit Oesterreich. Es findet zunächst eine allgemeine Diskussion statt.

— Für den Vertrag melden sich 6, gegen denselben 9 Redner. Der erste Redner ist der Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Meine Herren, ich werde für den Vertrag stimmen, weil ich in demselben einen neuen Schritt vorwärts in der wirtschaftlichen Entwicklung und in dem handelspolitischen Völkerverkehr erblicke. Oesterreich steht nach diesem Vertrag mit uns auf demselben Boden der Handelspolitik und wir müssen deshalb über einige Mängel des Vertrages hinwegsehen. Wir haben keinen Grund, dieser Mängel wegen den Vertrag abzulehnen, weil bei künftigen Verträgen, die Preußen abschließt, die Lage eine andere sein wird, so daß uns unsern heutigen Beschlüsse kein Präjudiz erwachsen kann. Die Volksvertretung hat künftigen Verträgen gegenüber eine ganz andere Stellung, als solchen Verträgen gegenüber, die der Vergangenheit angehören. Man hat gegen den Vertrag eingewendet, daß derselbe nicht völlig gleichmäßige Tarife aufstelle. Die Anhänger einer solchen Theorie stellen ein Ideal auf, denn ein solcher Handelsvertrag findet sich in der ganzen Welt nicht. Gerade vom schutzlosen Standpunkte aus läßt sich ein solches Verlangen am wenigsten rechtfertigen. Nach dieser Theorie müssen die Zölle in dem Lande, welches unter ungünstigen Konjunkturen arbeitet, höher sein, als in dem Lande, welches unter günstigeren Konjunkturen arbeitet. Auch vom finanziellen Standpunkte läßt sich der Grundgedanke der völligen Gleichheit der Tarife nicht rechtfertigen. Der Redner erörtert hierauf die Kompetenz des Zollparlamentes, die sich nur auf die Außenzölle, aber in Betreff der Fragen der inneren Besteuerung, der Kommunal-Abgaben, völlig ausgeschlossen sei. „Ich bin überzeugt“, bemerkt er, „daß es aus diesem Dilemma einen Ausweg giebt, und ich habe das Vertrauen zu der Weisheit des Bundesrathes und der Majorität dieser Versammlung, daß der Weg, uns aus dieser Schwierigkeit herauszubringen, gefunden wird. Im Vertrauen auf diese Weisheit bin ich für den Vertrag; ich würde aber auch für den Vertrag sein, wenn ich dieses Vertrauen nicht hätte, weil derselbe nicht ein separates Glied in der Kette der wirtschaftlichen Entwicklung. Trotz aller Fehler kann sich vom dem Vertrag nichts Anderes sagen lassen, als daß er das Mögliche erreicht. Ich bitte Sie, für den Vertrag zu stimmen, weil er das Gute ist und weil das Bessere der Feind des Guten ist. (Bravo.)“

Abg. Mohl (Stuttgart): Der allgemeine Wunsch in Süddeutschland war die Vereinigung Oesterreichs mit dem Zollverein bis zu dem Jahre 1866. Oesterreich ist aus der Handelspolitik und auch aus der Politik Deutschlands ausgeschieden. Was des Namens eines Süddeutschen würdig ist, muß heute noch den Wunsch hegen, daß uns Oesterreich so nahe als möglich verbunden wäre, was im Interesse von ganz Deutschland liegt. Aber wir können als politische Männer uns darüber nicht täuschen, daß das Ausscheiden von Oesterreich jetzt eine so enge Freundschaft in der Handelspolitik mit Oesterreich, wie ich sie wünsche, unmöglich gemacht hat. Es sind in dem Vertrage Positionen enthalten, welche nicht Oesterreich, sondern dem Auslande zu Gute kommen. — Der Redner entwickelt demnach die Vortheile der Schutzzölle, über welche im Zollverein genügende Erfahrungen gemacht worden seien. — „Meinen Sie denn, meine Herren, daß, wenn wir die Bahn des Freihandels betreten würden, Rußland sein Zollsystem ändern, Italien und Frankreich uns folgen würden? Wir sollten uns erinnern, daß die Eisenbahnen und die Eisenindustrie, daß der große deutsche Gewerbesleiß Millionen Menschen ernährt. Wenn Sie den Seestädten folgen, so werden Sie Unheil stiften, wie der Freihandel ja überhaupt das Gewerbe ruiniert. (Heiterkeit.) Sie werden die Macht der Seestädte vermehren, allein Sie werden das deutsche Vaterland ruiniren. (Heiterkeit.) Sie vermehren und erweitern das Kapital in England und Amerika und thun es auf Kosten des deutschen Gewerbesleißes. Ich komme jetzt zu dem Handelsvertrage selbst. Es sind nur wenige Artikel, aber diese sind um so ernster bedroht. Die Eisen- und die Leinen-Industrie: England, Frankreich und Belgien sind uns in einem so hohen Grade überlegen, daß wir den Zoll festhalten müssen. Hier ist einer unserer großen Naturoal-Industriezweige geschädigt und einem Vertrage, der dies thut, können wir nicht zustimmen. Ebenso sehen wir die Hochofen-Industrie ernstlich bedroht durch Herabsetzung des Hochofenzolles um 50 pCt. Aus diesen Gründen müssen wir gegen den Vertrag stimmen, so schwer es uns wird.“ — Abg. v. Hennig: Der Vorredner hat im Jahre 1833 dem Könige von Württemberg eine Denkschrift überreicht, in welcher er vor dem Eintritt in den Zollverein warnte und den Übergang Württembergs daraus prophetezte, der demnach auch eingetreten ist! (Heiterkeit.) Wir sind auch die Aeußerungen desselben bekannt, mit welchen derselbe in der württembergischen Kammer die Bedingungen charakterisirt hat, unter denen er in diese Versammlung eintreten wollte. (Hört! hört!) Ich unterlasse es vorläufig, darauf einzugehen. — Auch ich gehöre zu denjenigen, welche eine enge Verbindung mit Oesterreich in handelspolitischer Beziehung wünschen, daß uns aber diese Verbindung in unserer Stellung stärken könnte, vermag ich nicht einzusehen. Der Vorredner hat uns die Segnungen des Schutzzolles geschildert; er hat aber nicht daran gedacht, welche Gefahr der Schutz Zoll aus der anderen Seite für die bestehende Industrie herbeigeführt hat. Wir verlangen den allmählichen Fortschritt auf dem Wege der Freiheit des Menschen. Hüthen wir uns doch, die veralteten Theorien immer als die allein seligmachenden zu proklamiren. Ein Land, welches jede Lebensader mit Schutzzöllen unterbindet, muß zuletzt verarmen. Die gänzliche Aufhebung der Zölle will auch kein Freihändler. Zölle müssen bestehen bleiben, aber nur in der Weise, daß sie ein finanzielles Resultat haben für den Staat; alle anderen Zwecke sind unterlag. Ich stimme für den Vertrag, weil ich darin einen wesentlichen Fortschritt gegen den Vertrag erblicke, welcher früher mit Oesterreich abgeschlossen worden ist.

Abg. Miquel (gegen den Vertrag.) Einzelne Bestimmungen fößen große Bedenken ein, welche allerdings schließlich nicht abhalten werden, für den Vertrag zu stimmen. (Ala!) Auch er sei, wie er dem Abg. Mohl beweise, für Freundschaft mit Oesterreich; dieselbe sei aber erst ermöglicht worden durch die Lösung des politischen Bandes. Wie wir früher von der Schwäche lebten und groß genug waren, um ausgenutzt zu werden, so leben

wir heute von der Stärke. Redner geht die handelspolitische Entwicklung der verschiedenen Staaten durch und behauptet, daß sowohl die Bestrebungen der Schutzzöllner wie der Freihändler ihre Berechtigung bis zu einem gewissen Maasse haben. Die Grundlage der heutigen Bestrebungen müsse eine freihändlerische Tendenz haben. Schutzzölle dürfen nicht auf's Neue eingeführt werden, sie dürfen nur allmählig reducirt werden und man müsse nicht Alles in Frage stellen und preisgeben, was bisher durch den Schutz Zoll geschaffen sei. Er halte die Zeit noch nicht gekommen für eine eingreifende Tarifreform. — Abg. v. Delbrück erklärt, daß die Ermäßigung der Zölle, wie stipulirt, durchaus notwendig gewesen sei. Der Entschluß sei ein erster gewesen. Man habe sich nicht verhehlt, daß die Reduzirung der Leinenzölle verschiedene Interessen empfindlich berühren werde; dieselbe habe aber eingeführt werden müssen, wenn der Vertrag zu Stande kommen sollte. Redner berührt näher die Entwicklung unserer Leinen-Industrie. Die Regierung habe sich bei der Ermäßigung der Frage der Reduzirung des Zolles an die Handelskammern derjenigen Bezirke gewendet, in welchen die Leinen-Industrie vorherrschend. Alle haben sich für die Reduzirung ausgesprochen. (Hört!) Ebenso habe das Abgeordnetenhaus sich in einer früheren Session in demselben Sinne ausgesprochen. Solchen Thatfachen gegenüber sei Oesterreich die dringend begehrte Konzession gemacht. Es stehe keineswegs fest, daß die Zollsäge unverändert während der Dauer des Vertrages bestehen bleiben, aus dem Vertrage ergebe sich nur so viel, daß die Säge nicht erhöht werden können. — Abg. Dr. Wilb verucht, eine Rede zu verlesen, woran der Präsident ihn verhindert. Nach kurzer Auslassung verläßt derselbe die Tribüne. — Abg. Reibel (Württemberg) [gegen den Antrag] hebt verschiedene Mängel des Vertrages hervor, ist aber sehr schwer verständlich. Er spricht hauptsächlich über den Zoll von Leinengarn, indem er die Interessen der Spinnereien und Webereien der besondern Beachtung des Hauses empfiehlt. Er spricht sich sodann in sehr einschneidender Weise gegen die Konsumtionssteuer aus. — Der Handelsvertrag mit Oesterreich bringe uns den deutschen Brüdern in Oesterreich nicht näher, sondern entfremde uns denselben vielmehr, da die arbeitenden Klassen bei uns in einzelnen Industriezweigen sehr benachtheiligt wüden und hierdurch bei denselben der Haß gegen Oesterreich vermehrt wird. „Verwerfen wir, schloß Redner, also den Vertrag, der Nichts nützt und viel schadet!“

Abg. Dr. Löwe (für den Vertrag): Der Herr Vorredner meint, daß der Handelsvertrag uns dem österrichischen Volke nicht näher bringe, da derselbe so nachtheilig auf unsere Industrie einwirken werde, daß der Haß der Bevölkerung gegen Oesterreich vermehrt werden würde. Bei mir und bei unserem Volke wenigstens kann man keinen Haß gegen Oesterreich (Zustimmung), und ich bin sehr erkant, daß grade von den Herren, die uns einen Vorwurf daraus machen, daß wir Oesterreich aus dem deutschen Bunde hinausgeschoben hätten, jetzt versucht wird, die handelspolitische Verbindung mit Oesterreich zu fören. (Beifall.) — Ich bin auch überzeugt, daß Oesterreich, wenn nicht grade dort wieder einmal tendenziös liberale Politik getrieben werden sollte, sich nicht zur Feindschaft gegen uns hinreihen lassen wird; denn nur eine tendenziös reaktionäre Politik ist im Stande, Landes-Interessen Preis zu geben. Das jetzige Regierungssystem in Oesterreich aber giebt uns eine sichere Bürgschaft des Friedens; und ich erkläre es für eine Verleumdung gegen das liberale Ministerium in Oesterreich, als eine Verleumdung gegen die Bestimmung von Männern die mir nahe befreundet sind, wenn man behauptet, daß diese jetzt daran denken, den Frieden mit Deutschland zu brechen. (Beifall links.) Ich glaube allerdings, daß in Europa eine Kriegspartei existirt, und fürchte, daß wir durch unseren gefrigen Beschluß etwas gethan haben, was den Gegnern des europäischen Friedens gefallen mag. Die Kriegspartei in Frankreich gerade wird gestört in ihren Bestrebungen durch die große Freihandelsbewegung in Europa, die den Frieden befördert durch unseren gefrigen Beschluß, der dahin geht, der Schutzzollpartei in Frankreich das Material zu liefern, daß sie behaupten kann, wir wollten ihre Industrie schädigen, wenn wir sie dahin bringen, in Frankreich höhere Zölle zu verlangen und die Kriegspartei stärken. Den Herren aus dem Süden, die die Nothwendigkeit des Schutzes der Industrie durch Beispiele illustriren wollten, halte ich nur das Beispiel der Schweiz entgegen. Dort hat man niemals einen Schutz Zoll gekannt, und doch haben sich die Spinnereien ganz vorzüglich entwickelt. Es ist übrigens wohl bemerkenswerth, daß der Vorredner den Herren Eisenhütten die Allianz der Garnhütten zu gegenwärtiger Unterstützung angeboten hat. Mit der Schutzzollpolitik, der Politik des geschlossenen Handelsstaates ist nicht zu hoffen, den Frieden dauernd zu erhalten; annähernd ist der Friede nur sicher unter großen Handelsbeziehungen zwischen den Staaten; dann werden sie sich wohl eher halten, ihre Interessen durch einen Krieg zu schädigen. Der Herr Vorredner hat zum Beweis der Nothwendigkeit eines Schutzzolles auch an die Noth in den Ostprovinzen erinnert; er thut, als ob dort lauter Leinengarnspinnereien wären (Heiterkeit). In den Ostprovinzen ist das Eisen theurer, die Kleidungsstücke sind theurer und man muß dort sehr große Lasten tragen (Hört! hört!), denen die Herren im Süden sich bis jetzt noch entzogen haben; da ist es wohl natürlich, daß man dort nicht so vorwärts kommen konnte, wie die Andern, die ein brhagliches Leben bis jetzt geführt haben. Wenn man an einer Tarifreform beräth, so sollte man nicht eine Koalition der Interessenten der Eisenzölle und Garzölle eingehen, sondern allein danach fragen, wie man die Armen so wenig wie möglich belasten und sie in den Stand setzen kann, ihre Bedürfnisse so leicht wie möglich zu befriedigen. Nach diesem System ist der vorliegende Vertrag geschlossen; er ist nur ein Glied aus der Kette des ganzen handelspolitischen Systems, in dem wir uns befinden.

Abg. v. Arnim (Heinrichsdorf) stellt den Antrag auf Schluß der Generaldebatte. — Gegen den Vertrag sind noch eingeschrieben die Abg. Dr. Hoffbit (Baden) und Harfort, für denselben: Grumbrecht, Kolb, Schütze, Heinrichs, v. Schweizer, Meß, Camphausen (Neuß). — Der Schluß wird angenommen; es folgen persönliche Bemerkungen. — Bei der nunmehr beginnenden Spezialdiskussion werden die Artikel des Vertrages mit den entsprechenden Correlaten des Schlußprotokolls zugleich behandelt. Bei Artikel 3 geht Abg. Camphausen (Neuß) auf die Leinengarn-Spinnerei speziell ein, ohne die endlose Unterhaltung über Schutz Zoll und Freihandel erneuern zu wollen und versichert, daß, wo eine Spinnerei etablirt werde, die Engländer die Maschinen nicht etwa aus Gnade widerwillig überliefern, sondern eifrig um die Ausübung dieser Gnade konkurriren. — Alsdann werden die Zollsätze für die Einfuhr aus dem Zollvereine nach Oesterreich und umgekehrt durch Aufzählung der Nummern zur Diskussion gestellt. Bei Artikel 6 (Eisen und Stahl) spricht Abg. Grumbrecht über den Kollegen Mohl, den er schon seit 20 Jahren kenne und mit dem er sich von jeher gekant habe über Politik, Zölle u. s. w.; Mohl sei immer ein schlechter Prophet gewesen. (Wiederholter Ruf: zur Sache! Röhre!) Redner geht unter förmlicher Heiterkeit des Hauses abwechselnd von Eisen auf Mohl über und zürüt, so daß der Präsident ihn nicht weiter fören kann. — Abg. Meier (Bremen) bekennt sich als einen der von Mohl gekennzeichneten Dummen und Bandalen, zugleich aber auch als einen der „ruinierten“ Hochfuher. Die Seeläge, und speziell der Redner, konkurriren mit deutschem Röhreien auf englischen Märkten und zwar mit Erfolg. Dabei werde dies Eisen nicht als Ballast auf Segelschiffen exportirt, sondern verträge sogar die Kosten des Transports auf Dampfsschiffen. Der Eingangszoll von 5 Sgr. pro Centner (bisher 7½) werde einzelne kleine Establishments allerdings zum Stillstand zwingen, oder die Produktion anderer einschränken; aber auch deutsche Kraft, Intelligenz und Kapital könne man vertrauen, daß die Eisenindustrie auch die Herabsetzung des Zollsatzes überwinden werde. — Abg. Schäffle (Württemberg) tritt den Aufsamungen Mohls entgegen, ohne an dieser Stelle gegen einen Mann polemischen zu wollen, der, wenn auch sein Antipode, sein Leben dem Staat und der

